

**Fraktion der Unabhängigen Wählergemeinschaft Butzbach (UWG) in der
Stadtverordnetenversammlung**

**Gudrun Reineck
Fraktionsvorsitzende**



An den Stadtverordnetenvorsteher
Schlossplatz 1

35510 Butzbach

Butzbach, 08.12.2005

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Schmidt,

**wir beantragen die Aufnahme des folgenden Änderungsantrags zum TOP 8 der
Stadtverordnetenversammlung vom 08.12.2005 (Antrag der SPD Fraktion vom
09.11.2005 zum Erwerb von amerikanischen Wohnhäusern)**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

**Der Magistrat der Stadt Butzbach nimmt unverzüglich Verhandlungen zum
Erwerb der 12 amerikanischen Wohnhäuser im Bereich Bismarckstraße,
Schlossgartenweg und Große Wendelstraße mit dem Bundesvermögensamt bzw.
der Oberfinanzdirektion auf, mit dem Ziel diese im Rahmen des sozialen
Wohnungsbaus dem Wohnungsbestand der Stadt oder der Butzbacher
Wohnungsbaugesellschaft zuzuführen.**

**Über die Verhandlungsergebnisse (auch vorläufige) ist seitens des Magistrats der
Stadtverordnetenversammlung zügig, spätestens jedoch in der übernächsten
Sitzung zu berichten.**

Begründung:

**Die UWG Butzbach hatte, wie in der Wetterauer Zeitung vom 08.11.2005 zu lesen
war, den Erwerb der genannten Wohnhäuser bereits öffentlich gefordert.**

**Der anschließend folgende Antrag der SPD Fraktion vom 09.11.2005, zielt zwar in
die gleiche Richtung, ist aber für eine konkrete Handlungsweise des Magistrats
zu allgemein gehalten.**

**Die genannten Häuser werden nicht wie im Antrag der SPD formuliert demnächst
frei, sondern sind bereits vor einigen Wochen von den US Behörden an das
Bundesvermögensamt zurückgegeben worden.**

Bei den vorhandenen Wohngebäuden handelt es sich um absolut wertvollen Wohnraum nahe des Kernbereichs der Innenstadt mit kurzen Wegen für junge Familien, insbesondere aber für ältere Bürgerinnen und Bürger zur gesamten Infrastruktur der Innenstadt wie Ärzten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafes, Verwaltung wie auch des Bahnhofs.

Infolge der Tatsache, dass es sicher bereits einige Anträge privater Investoren zum Erwerb dieser Häuser gibt, ist unverzügliches Handeln erforderlich.

Eine genossenschaftliche Anschlussnutzung erachten wir bei diesen 12 bereits bestehenden Häusern für nicht praktikabel und kontraproduktiv. Diese kann eventuell im Rahmen der Anschlussnutzung der US Wohnsiedlung im Degerfeld geprüft werden.

Vielmehr sollte unter dem Gesichtspunkt, dass die BWG nach unserer Kenntnis ca. 230 Wohnungssuchende für sozialen Wohnraum auf ihrer Warteliste hat, hier zügig gehandelt werden um Abhilfe zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Reineck
Fraktionsvorsitzende